



### Presseschau vom 29.05.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

#### Abends/nachts:

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben heute Abend Granatbeschuss des Kirowskij-Bezirks der Hauptstadt der DVR begonnen, teilte das Bürgermeisteramt von Donezk mit. „Um 19:25 wurden Beschüsse der Stadt durch die ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Granatgeschosse trafen zwei Wohnhäuser im Kirowskij-Bezirk.“ Verletzte gibt es nicht. Brände wurden nicht festgestellt. In der Stadt sind Geräusche schwerer Waffen zu hören.

#### Vormittags:

Lug-info.com: Vor einem Jahr zeigte die Kiewer Junta durch den Luftschlag auf den Platz und das Gebäude der Oblastverwaltung im Zentrum von Lugansk anschaulich ihr Verhältnis zu den friedlichen Einwohnern des Donbass. Dies erklärte heute der Vorsitzende des Ministerrats der LVR Gennadij Zypkalow anlässlich des Jahrestag des Luftschlags der Luftwaffe der Ukraine auf Lugansk am 2. Juni 2014.

„Dieser Tag öffnete den Luganskern die Augen, die damals noch nicht glauben konnten, dass die ukrainische Armee fähig ist, das Feuer auf die Zivilbevölkerung zu eröffnen“, sagte er.

„Mit ihrem Luftschlag zeigt die Junta, die die Macht in Kiew an sich gerissen hat, anschaulich ihr Verhältnis zum Donbass, dessen Volk für sie nichts bedeutet“, fügte Zypkalow hinzu. Nach seiner Meinung hatte der Schlag der ukrainischen Luftwaffen vom militärischen Gesichtspunkt keinen Sinn, sondern war „ein Akt der Machtdemonstration und der Willkür“. „Sie schossen auf den zentralen Platz und zivile Gebäude, wo sich Einwohner erholten und

Kinder spielten, und gerade Zivilisten litten unter diesem Beschuss“, erklärte er. Zypkalow versicherte, dass die, die den Befehl gaben Menschen in Odessa am 2. Mai zu verbrennen und das Zentrum von Lugansk am 2. Juni zu beschießen „der Strafe nicht entgehen werden, so sehr sie dies auch wünschen“.

Novorosinform.org: Der stellvertretende Oberkommandierende der Streitkräfte der Ukraine Alexander Rosmanin hat gefordert, Russland aus dem Bestand der Beobachtergruppe der OSZE im Donbass auszuschließen.

„Die Monate der gemeinsamen Arbeit mit der OSZE haben mich davon überzeugt, dass die große Mehrheit der Offiziere der OSZE, die im Gebiet der ‚ATO‘ tätig sind, mit großem Verständnis und Objektivität arbeitet.

Mehr noch: Wenn es in der Gruppe keine Vertreter der Russischen Föderation, wenn es keine Vertreter gäbe, die Sympathie für Russland aufbringen, dann wäre diese Gruppe absolut objektiv und würde objektive Informationen liefern“, sagte der ukrainische Generalmajor dem ukrainischen „Fünften Kanal“.

Nach seinen Worten sei es dafür notwendig, Moskau zur Kriegspartei zu erklären – eigentlich zum Aggressor. Wie aber die Praxis zeige, seien derzeit selbst die europäischen Verbündeten der Ukraine zu einem solchen Schritt noch nicht bereit.



[http://storage.novorosinform.org/cache/0/b/picturepicture22526\\_98208.JPG/w644h387.jpg](http://storage.novorosinform.org/cache/0/b/picturepicture22526_98208.JPG/w644h387.jpg)

Dan-news.info: Die ukrainischen Streitkräfte haben in den letzten 24 Stunden 37-mal das Regime der Feueinstellung an der Kontaktlinie mit der DVR gebrochen, teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit.

„Es wurden 37 Verstöße festgestellt. In diesen 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte Sachank, Grigorowka, Schirokino, Spartak, Shobunki beschossen. Außerdem wurden Gorlowka und Donezk – Kirowskij-Bezirk, Flughafen und Siedlung Oktjabrskij – beschossen.“

Die ukrainischen Truppen schossen mit Granatwerfern, Panzerwaffen, gepanzerter Militärtechnik, Abwehrgeschützen und sonstigen Schusswaffen.

Informationen über Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Milizen werden noch geprüft.

Dan-news.info: Zwei mehrstöckige Häuser im Kirowskij-Bezirk sind durch den nächtlichen Beschuss beschädigt worden, teilte heute die Stadtverwaltung mit.

„In der Folge von Granattreffern auf zwei mehrstöckige Wohnhäuser im Kirowskij-Bezirk sind zwei Wohnungen beschädigt worden: in einer wurden eine Wand und die Verglasung zerstört (ein direkter Treffer), in der zweiten die Verglasung.“

„Ein Geschoss explodierte im Gästezimmer einer Wohnung. Die Familie wurde durch ein Wunder gerettet, sie sind bei Beginn des Beschusses in das Badezimmer gegangen“, teilten Augenzeugen mit.

Der Rettungsdienst des Kiewkij-Bezirks teilte mit, dass Informationen über Verletzte nicht eingegangen seien.

Dan-news.info: Vertreter des Verteidigungsministeriums der DVR sind an den Ort des nächtlichen Beschusses von Wohnhäusern im Kirowskij-Bezirk gefahren.

„Vermutlich haben sie aus Richtung Peski geschossen. Aus der Charakteristik des Einschlags kann man sicher sagen, dass es ein Artilleriegeschoss war“, erklärte der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin.

Wie ein Korrespondent berichtet, sind Geschosse nicht nur in Wohnhäusern explodiert, sondern auch auf der Straße, zwei Meter von einem Wohnhaus entfernt.

Es wird erwartet, dass OSZE-Beobachter in nächster Zeit am Ort eintreffen.

Rusvesna.su: Im Internet sind Bilder von der Verladung aus der Konservierung geholter sowjetischer Haubitzen des Typs B-4 durch ukrainisches Militär aufgetaucht, die Mitte des vorigen Jahrhunderts hergestellt wurden.

Die B-4 (offizielle Bezeichnung SAU-5-G-625) ist eine schwere sowjetische Haubitze des Kalibers 203,4 mm (8 Zoll). Das erste Muster der Haubitze wurde 1931 vorgestellt. Während des sowjetisch-finnischen Krieges wurde sie zur Zerstörung von Bunkern und Befestigungen eingesetzt. Im Großen Vaterländischen Krieg hatte sie mit großem Erfolg gegen Befestigungsanlagen des Gegners verwendet. Nach Kriegsende gab es sie im Bestand der Sowjetarmee sowohl in einer geschleppten als auch einer selbstfahrenden Variante.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by\\_text/public/cgbiqpucaavebi\\_0.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/cgbiqpucaavebi_0.jpg)

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt, ein Kämpfer der Volksmiliz der LVR wurde verwundet, teilte ein

offizieller Vertreter der Volksmiliz mit.

Beide Male war das Dorf Weselaja Gora betroffen, das aus Richtung Stschastje mit gepanzerter Militärtechnik und Granatwerfern vom Kaliber 82mm beschossen wurde.

Dan-news.info: Vier Wohnhäuser wurden durch den nächtlichen Beschuss von Gorlowka zerstört, teilte die Stadtverwaltung mit.

„Der Beschuss begann gegen 19:30 gestern und dauerte bis 1:30 Uhr heute. Es gibt Trefferauf Häuser und Wohnungen. Vor allem litt der Wohnkomplex „Stroitel.“

Im Zivilschutzministerium wurde erläutert, dass durch einen direkten Treffer auch ein Auto verbrannte.

Genauere Daten über Tote und Verletzte gibt es bisher nicht.

Nach Angaben des Bürgermeisteramts schoss der Gegner mit 152mm Artillerie vor allem auf den Nordwesten der Stadt. Auch die Gasinfrastruktur wurde beschädigt, 116 Häuser und Wohnungen sind ohne Gasversorgung.

Novorosinform.org: Letzte Nacht geriet die Siedlung Lukowo im Gebiet Telmanowo der DVR unter Beschuss durch die Kiewer Strafkommandos.

Im Ergebnis des Angriffs wurden ein Kindergarten sowie zwei Wohnhäuser beschädigt, berichtete der Leiter der Gebietsverwaltung Sergej Iwanow gegenüber DAN. Eine Bewohnerin wurde dabei verletzt, sie wird derzeit im Krankenhaus von Telmanowo operiert.



[http://storage.novorosinform.org/cache/f/2/\(1\)\\_IMG\\_7925.JPG/w644h387.jpg](http://storage.novorosinform.org/cache/f/2/(1)_IMG_7925.JPG/w644h387.jpg)

Dan-news.info: Die Beobachtermission der OSZE hat eine Inspektion des Ortes des Beschusses im Kirowskij-Bezirk der Stadt Donezk durchgeführt.

Am Ort waren auch Vertreter des Verteidigungsministeriums der DVR.

Der stellvertretende Kommandeur der Milizen Eduard Basurin wies auf den Einschlagskrater eines der Geschosse auf einem Fußballplatz hin, auf den Einschlagswinkel und den Durchmesser des Kraters.

„Vermutlich flog ein Artilleriesplittergeschoss in das Stadion, aus dem Einschlagswinkel kann die Richtung und der Abstand des Beschusses gefolgert werden“, sagte Basurin. Die OSZE nahm diese Informationen zur Kenntnis.

### **Nachmittags:**

Dan-news.info: Die Verhandlungen der thematischen Untergruppen der Kontaktgruppe haben heute in der Hauptstadt Weißrusslands begonnen. Dies teilte der Pressedienst des



Leiters der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen Denis Puschilin mit. „Die Verhandlungen aller Untergruppen haben begonnen.“ Es wird erwartet, dass sich nach Abschluss der Treffen die Kontaktgruppe versammelt (DVR, LVR, Ukraine, OSZE und RF).

De.sputniknews.com: Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat erläutert, warum 89 EU-Politikern die Einreise nach Russland untersagt worden ist, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Dienstag.

„Uns wird vorgeworfen, wir hätten die Liste von Personen, die in Russland unerwünscht sind, willkürlich und unbegründet erstellt, während die EU zuvor alle ‚Normen des Anstands‘ eingehalten hätte, und jeder Russe, der auf die Schwarze Liste der EU gesetzt worden war, das ‚verdient‘ hätte“, so der russische Chefdiplomat. „Es ist mir fast peinlich zu erklären, dass eine solche Logik absurd ist: Das ist ja ein Versuch, die Völkerrechtsnormen durch eigene politische Neigungen zu ersetzen.“

Moskau habe lediglich „auf die einseitige unfreundliche und durch nichts provozierte Aktion“ der EU geantwortet, die zuvor Sanktionen gegen 150 russische Staatsbürger verhängt habe. Das wichtigste Kriterium bei der Erstellung der russischen Liste sei die Haltung der jeweiligen EU-Beamten zur Lage in der Ukraine gewesen, so der Chefdiplomat. „Unsere Gegensanktionen betreffen Beamte, die den Staatsstreich in der Ukraine besonders aktiv unterstützt haben, nach dem die Verfolgung und Diskriminierung der Russen in der Ukraine begonnen hatte.“

Nadeschda Arbatowa vom russischen Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen zeigte sich überzeugt, dass sich Brüssel die russische Liste jedenfalls nicht gefallen lässt – egal wie Moskaus Begründung ist. Dabei habe der Kreml dem Westen zu verstehen gegeben, dass er sich die Rolle eines „bestraften Schülers“ nicht gefallen lasse, ergänzte die Expertin.

Auf der Schwarzen Liste stehen insgesamt 28 frühere und jetzige EU-Abgeordnete, die fünf Fraktionen vertreten bzw. vertraten – alle außer den Euroskeptikern und den Kommunisten bzw. Sozialisten.

Die meisten Abgeordneten sind bzw. waren Mitglieder der Europäischen Volkspartei, deren Fraktion im EU-Parlament die größte ist und besonders kritisch gegenüber Russland eingestellt ist.

Zudem wurde das Einreiseverbot für 26 nationale Politiker verhängt – von Abgeordneten bis zu aktuellen bzw. früheren Parlamentsvorsitzenden und Ministern. Zu den bekanntesten gehören der frühere britische Vizepremier Nick Clegg, der verlangt hatte, Russlands die Ausrichtung der Fußball-WM 2018 zu entziehen, und der britische Abgeordnete Robert Warner, der vorgeschlagen hatte, der russischen PACE-Delegation das Stimmrecht zu entziehen. Auf der Liste stehen auch der frühere Präsident Litauens, Vytautas Landsbergis, der Ex-Premier dieses Landes, Andrius Kubilius, sowie mehrere frühere Außen- und Verteidigungsminister einiger EU-Länder.

Die Einreise nach Russland wurde auch 15 früheren bzw. jetzigen Vertretern von bewaffneten Strukturen der EU untersagt. Acht von ihnen kommen aus Polen. Unter anderem sind das der Botschafter dieses Landes bei der Nato, Andrzej Falkowski, der im Oktober 2014 von „so genannten russischen Friedensstiftern“ redete, „die auf zuvor eroberten Territorien handeln“, und der Befehlshaber des estnischen Verteidigungsverbandes, Meelis Kiili, der gesagt hatte, dass „Personen ohne Achselklappen oder Erkennungszeichen, die in Estland auftauchen würden, unverzüglich festgenommen und vor Gericht gestellt oder vernichtet würden.“

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben die Intensität der Beschüsse des Territoriums der LVR gesteigert, berichtete heute auf einer Pressekonferenz der stellvertretende Leiter des Stabes der Volksmiliz der LVR Igor Jaschtschenko.

„Immer mehr Abteilungen der ukrainischen Armee verletzen die Minsker Vereinbarungen“, sagte er und ergänzte, dass solche Handlungen besonders zynisch während der

Pfingstfeiertage waren, als viele Gläubige unterwegs gewesen seien.

Nach den Worten Jaschtschenkos haben die Kiewer Truppen in der letzten Woche 29 mal das Territorium der LVR beschossen.

„In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 29 mal Ortschaften der LVR beschossen, Es wurden 12 Granatbeschüsse, 2 Artilleriebeschüsse, 2 Beschüsse mit Abwehrgeschützen und 13 Fälle mit sonstigen Schusswaffen festgestellt.“

Am häufigsten wurden wie zuvor Weselaja Gora und die Sommerhäuser in Nikolajewka im Bezirk von Staniza-Luganskaja beschossen.

Verluste unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden, 10 Soldaten der Volksmiliz wurden verletzt, einer von ihnen starb.

„Auch wenn es schwierig war haben wir wie zuvor die Minsker Vereinbarungen beachtet und rechnen mit der Würdigung der Arbeit der internationalen Diplomaten durch die ukrainischen Truppen“, unterstrich Jaschtschenko.

Dan-news.info: Fast 90 Prozent der Rentner der DVR haben die Renten für den Monat Mai erhalten, teilte die Leiterin des Rentenfonds Galina Sagajkowa.

Sie teilte weiter mit, dass diejenigen, die die Rente für Mai nicht rechtzeitig erhalten haben, diese noch im Juni erhalten werden.

Dan-news.info: Im Verteidigungsministerium wird nicht bestätigt, dass zwei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in die Gefangenschaft der Milizen geraten sind. Dies erklärte heute auf Fragen von Journalisten der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin.

„Nach offizieller Information ist kein Krieg. Wenn kein Krieg ist, gibt es keine Gefangenen“, fasste er zusammen.

Zuvor hatte am Montag der Vertreter der Präsidialadministration der Ukraine zu Fragen der Spezialoperation Andrej Lysenko mitgeteilt, dass zwei ukrainische Gefangene bei einem angeblichen Gefecht bei der Ortschaft Marjinka in Gefangenschaft geraten seien.

Novorosinform.org: Der Chef der Fraktion „Block Poroschenko“ in der Obersten Rada Jurij Luzenko erklärte, dass die vollständige wirtschaftliche Blockade durch die Junta, wie sie in der Lugansker Volksrepublik durch Gennadi Moskal eingeführt wurde, auf die Region Donezk erweitert werden soll.

Demnach sollen alle Transporte in Siedlungen, die sich unter Kontrolle Noworossias befinden, unterbunden werden. Diese Belagerung, so Luzenko, soll so lange andauern, wie Kiew nicht die gesamte Grenze kontrolliert und „seine terroristischen Gruppierungen“ nicht abgezogen hat.

Luzenko schlug auch vor „Zonen priorisierter Entwicklung“ in den besetzten Gebieten des Donbass sowie in den Regionen Charkow und Odessa zu schaffen, damit die Menschen dort hinkommen um Arbeitsplätze zu haben. Dabei handelt es sich im Grunde allerdings um eine Fiktion, die vor allem als Zitat für die Medien gedacht ist, da Zivilisten eine Sondergenehmigung benötigen um die Kontaktlinie zu überqueren.



<http://storage.novorosinform.org/cache/6/3/1372161295.jpg/w644h387.jpg>

Lug-info.com: Eine Trauerkundgebung „Kraniche der Erinnerung“ aus Anlass des Jahrestags des Luftschlags der ukrainischen Streitkräfte auf das Gebäude der ehemaligen Oblastverwaltung fand heute in Lugansk am Platz der Helden des Großen Vaterländischen Kriegs statt.

Mehr als 3000 Lugansker ehrten mit einer Schweigeminute die an diesem Tag getöteten Einwohner: Alexandr Alexandrowitsch Gisaj, Wladimir Andrejewitsch Kostjkw, Inna Alexandrowna Kukurudsa, Anna Borisowna Tischtschenko, Nina Alexandrowna Dolshenko, Sergej Nikolajewitsch Poleshajew, Natalja Wiktorowna Archipowa, Galina Anatoljewna Tscherkes.

Nach der Schweigeminute legten die Teilnehmer der Kundgebung Blumen an den Grundstein für das zukünftige Denkmal für die bei der Verteidigung der LVR getöteten Menschen.

Lug-info.com: Kiew hat bis jetzt nicht auf die Anfang Mai abgesandten Vorschläge der LVR und DVR zur Änderungen in der Verfassung der Ukraine geantwortet, erklärte heute das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij.

Den Entwurf für Änderungen der Verfassung der Ukraine haben die Vertreter der LVR und DVR am 13. Mai nach Kiew gesandt. Die Änderungen sehen die Einfügung eines zusätzlichen Teils in die Verfassung vor, der den besonderen rechtlichen Status der einzelnen Gebiete des Donbass bekräftigt.

„Bisher haben wir keine offizielle Antwort erhalten“, sagte Plotnizkij.

„Aber mir schient, dass wir sehr lange auf eine offizielle Antwort warten müssen, weil das offizielle Kiew alles tut, um die Vertreter der LVR und der DVR nicht zu bemerken, um so weniger irgendwelche Vorschläge oder unsere Forderungen zu erfüllen“, sagte Plotnizkij.

De.sputniknews.com: Russland betrachtet nicht alle Einschätzungen von UN-Beobachtern in der Ukraine als unparteiisch, rechnet jedoch damit, dass Kiew neue Empfehlungen der Beobachter befolgen wird, wie das russische Außenministerium am Dienstag in Bezug auf den zehnten Bericht der UN-Beobachtermission für Menschenrechte in der Ukraine mitteilt. „Nicht alle Einschätzungen der Beobachter können als objektiv betrachtet werden. Trotz alledem sind ihre neuen Empfehlungen für die ukrainischen Behörden, darunter zur Aufnahme eines Dialogs mit Donezk und Lugansk, zur Aufklärung der politischen Morde, zur

Gewährleistung der Unabhängigkeit des Gerichtssystems u.a.m., ein wichtiges Hilfsmittel bei der Normalisierung der Menschenrechtssituation im Land und sollten von der Völkergemeinschaft unterstützt werden. Wir hoffen, dass Kiew diese Empfehlungen nicht mit Worten, sondern mit der Tat befolgen wird“, heißt es in der Mitteilung des russischen Außenamtes.

Die Behörde verweist darauf, dass die Beobachter eine relative Stabilisierung der Situation im Südosten des Landes, eine geringere Anzahl an Gefechten und eine abnehmende Zahl von Toten unter den Zivilisten registriert haben.

„Trotz alledem ist die humanitäre Situation in der Region weiterhin nahezu katastrophal. Die Lage verschlimmert sich durch die Wirtschaftsblockade von Seiten Kiews immer mehr. Die von den Kiewer Behörden eingeführte Fahrordnung im Konfliktgebiet behindert die Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen und den Transport von Hilfsgütern für die Zivilbevölkerung. Angesichts dessen verweisen wir auf die Empfehlungen der Beobachtermission für Kiew, die darauf abzielen, den humanitären Agenturen, welche die Einwohner des Donbass unterstützen, ungehinderten Zugang zu gewähren und ihre Sicherheit zu garantieren“, heißt es in der Mitteilung des russischen Außenamtes.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30246/55/302465532.jpg>

Lug-info.com: Der Aufruf von Abgeordneten der Ukraine von der Fraktion des Blocks Petr Poroschenko, die Blockade der LVR und der DVR zu verstärken, sind eine direkte Verletzung der Minsker Vereinbarungen, erklärte heute das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij.

Heute hatte der Leiter der Fraktion Block Petr Poroschenko in der Obersten Rada der Ukraine Jurij Lyzenko auf der Parlamentssitzung erklärt, dass „die Praxis des Leiter der Lungansker militärisch-zivilen Administration Moskal, der jeden Verkehr vom okkupierten Territorium verboten hat, richtig ist und auch auf das Territorium des Donezker Oblast ausgeweitet werden muss“. Gleichzeitig erklärte Moskal, dass er den einzigen verbliebenen Passierpunkt zwischen der LVR und dem von den Kiewer Truppen kontrollierten Territorium in der Ortschaft Rodina (im Bezirk von Solotoje) schließen wird, wenn nicht die angeblich von Seiten der LVR stattfindenden Beschüsse enden.

„Das ist eine direkte Verletzung der Minsker Vereinbarungen“, sagte Plotnizkij.

Gleichzeitig sagte er, dass er Hoffnung auf die Länder setzt, die als Garanten der Minsker Vereinbarungen auftreten.

„Wir glauben fest daran, dass die Garantenstaaten, die für eine friedliche Regelung dieses Prozesses eintreten, ihre Aufmerksamkeit auf solche Erklärungen lenken und die Ukraine zwingen die Vereinbarungen zu erfüllen und die ökonomische Blockade von Donezk und Lugansk aufzuheben“, meinte Plotnizkij.



Lug-info.com: Die Unterarbeitsgruppen haben ihre Arbeit beendet, in nächster Zeit beginnt in Minsk die Sitzung der Teilnehmer der Kontaktgruppe, erklärte der Bevollmächtigte der LVR bei den Verhandlungen Wladislaw Dejnogo.

Zuvor hatte Dejnogo heute mitgeteilt, dass die Unterarbeitsgruppen der Kontaktgruppe etwa dieselben Fragen erörtern wie bei den letzten Sitzungen: „die Wiederaufnahme der Sozialzahlungen die Einwohner des Donbass, die Wiederaufnahme der Arbeit der ukrainischen Banken, die Erörterung von Änderungen in der Verfassung der Ukraine“.

Dan-news.info: In der Hauptstadt Weißrusslands wurden die Treffen der thematischen Untergruppen der Kontaktgruppe beendet. Dies erklärte der Apparat des Leiters der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen Denis Puschilin.

„Das Treffen ist beendet. Die Stafette ist an die Teilnehmer der Kontaktgruppe weitergegeben“.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand die politische Regelung im Donbass, Fragen des Erteilung des Rechts an die DVR und LVR, eigene Wahlkommissionen zu bilden, Richter und Staatsanwälte zu ernennen und zu entlassen, Einheiten einer Volksmiliz zu bilden. Auch waren auf dem Verhandlungstisch Fragen der Demilitarisierung der Brennpunkte an der Kontaktlinie.

De.sputniknews.com: Die Thüringer Landesmedienanstalt hat Ermittlungen eingeleitet, nachdem der Erfurter Lokalsender Salve.TV die Sendung „Der Fehlende Part“ des russischen Nachrichtensenders RT Deutsch ausgestrahlt hatte.

Mehrere Thüringer Landtagsabgeordnete übten Kritik an dem Lokalsender. So sagte Werner Pidde (SPD), die Originalsendung sei einseitig und hätte nur der „russischen Sicht“ entsprochen, was nicht dazu beitrage, dass die Zuschauer eine objektive Vorstellung von der Situation haben. Andre Blechschmidt (Linke) verwies darauf, dass der russische Sender „sehr regierungsnah“ sei. Madeleine Henfling (Bündnis 90/Grüne) kritisierte die „unkommentierte Ausstrahlung von RT, ohne journalistische Auseinandersetzung“.

Salve.TV-Gesellschafter Klaus-Dieter Böhm stellte sich vor die Redaktion seines Senders und unterstrich, dass deutsche Zuschauer selbst entscheiden dürfen, ob sie RT-Deutsch-Programme sehen wollen oder nicht. Die Kritik am russischen Sender sorgte für Unmut bei vielen deutschen Fernsehzuschauern, die sich für Meinungsvielfalt beim Lokalsender Salve.TV ausgesprochen hatten.

„Was da derzeit gemacht wurde an Anti-Russland-Hetze, das ist nach meinem Empfinden überhaupt nicht eine Vielfalt von Medien gewesen. Egal wo, man konnte immer das Gleiche lesen. Und wenn sich dann ein Sender mutig outet, zu sagen: ‚Wir sind bereit, auch mal eine andere Sicht mitzuteilen‘, dann finde ich das äußerst begrüßenswert“, sagte ein Zuschauer gegenüber Salve.TV.

„Eigentlich gilt in Deutschland so eine Regel, dass alle zu Wort kommen können – unter dem Motto Pressefreiheit. Und wenn da ein Teil fehlt, dann vermute ich dahinter ein Kalkül“, so ein anderer Zuschauer. „Ich finde, das ist einfach eine Bereicherung für die Medienlandschaft“, ergänzte ein weiterer Zuschauer.

„Vertreter des deutschen Lokalsenders Salve.TV hatten sich selbst bereit gezeigt, RT-Sendungen auszustrahlen“, sagte RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan. „Wir haben natürlich zugestimmt. Und jetzt treten Landtagsabgeordnete und deutsche Medien gegen ihren eigenen Sender auf und rufen ihn zur Zensurierung auf. Im demokratischen Deutschland drohen die freiheitsliebenden Europäer einem deutschen Sender, weil er gewagt hat, einen Standpunkt vorzustellen, der dem deutschen Mainstream widerspricht.“

Dan-news.info: Die Ausgaben und Einnahmen in der DVR werden bisher monatsweise abgerechnet. Dies erklärte heute die stellvertretende Finanzministerin Oxana Taran.

„Wir können uns noch kein jährliches Budget erlauben, es läuft ein monatliches Budget. Bis jetzt ist das so“, sagte sie.

Nach ihren Worten sei es noch zu früh über ein Budget zu sprechen. „In der Praxis gibt es

überhaupt kein monatliches Budget. Ein Budget wird als ein einzelnes Gesetz bestätigt. Wir können uns das bisher nicht erlauben. Wir müssen den Zusammenhang der Zahlen verstehen. Wie viel wir einnehmen und wofür wir Mittel vorsehen müssen“, sagte Taran.

Lug-info.com: Das Kiewer Regime zeigt seine Schwäche und seinen provisorischen Charakter, wenn es danach strebt, Ortschaften des Lugansker Landes, die „kommunistische“ Bezeichnungen tragen, umzubenennen, erklärte heute das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij.

So kommentierte er den Entwurf eines Beschlusses der Obersten Rada „Über die Umbenennung von Ortschaften im Oblast Lugansk“, der heute auf der offiziellen Seite des Leiters der sogenannten „militärisch-zivilen Verwaltung des Lugansker Oblast“ veröffentlicht wurde. In dem Entwurf werden 19 Ortschaften genannt, die sich auf dem von den Kiewer Truppen kontrollierten Territorium des Lugansker Landes befinden.

„Man sagt, dass die Sieger die Geschichte schreiben, an in diesem Fall sind sie bei weitem keine Sieger. Dies ist ein Zeichen ihrer Schwäche und davon, dass ihre Macht zeitweilig ist. Deshalb verhöhnen sie wo sie können“, sagte Plotnizkij.

„Aber wenn diese Territorien unsere sein werden, und sie werden unsere sein, dann werden wir die Ordnung wieder herstellen und den Städten, die sie jetzt umbenennen wollen, ihre historischen Bezeichnungen wiedergeben“, fügte das Oberhaupt der LVR hinzu.

Zuvor war auf der Seite Moskals die Information erschienen, dass er angewiesen habe „wissenschaftlich die Beziehung (oder das Fehler einer solchen) von bestimmten Ortsnamen zur kommunistischen Vergangenheit“ des Lugansker Oblast zu begründen, darunter die Ortschaften Kommuna, Tschersonaja Sirka, Tschersonaja Sarja, Dsershinskoje, Showtnewoje, Komsomolskij, Swerdlowka, Artjomowka, Pionerskoje, Wojtowo, Artjoma, Tschernyj Showten, Kalinino, Showtnewoje. Auf der Seite heißt es, dass der Erlass Moskals „mit der Annahme des Gesetzes über die „Dekommunisierung“ durch die Oberste Rada verbunden ist, gemäß dem Ortsnamen, die eine Beziehung zum kommunistischen Regime und seiner Ideologie haben, von den örtlichen Organen umbenannt werden müssen“.

## **Abends:**

Dan-news.info: Acht Menschen sind in der Zeit vom 23. bis zum 29. Mai im Donbass unbekannt verschollen, heißt es in dem wöchentlichen Bericht der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa.

„In der Zeit vom 23. bis zum 29. Mai 2015 wurden 8 Menschen als unbekannt vermisst und ungesetzlich festgenommen registriert, darunter zwei Zivilisten und 6 Milizangehörige“, heißt es in dem Dokument.

Dort wird unterstrichen, dass „Drohungen, Schläge und Scheinerschießungen nur einige der Methoden sind, die von den ukrainischen Truppen in Hinblick auf gefangene Milizangehörige und Einwohner des Donbass angewandt werden“. Davon zeugen unter anderem vor kurzem in den sozialen Netzen erschienene Fotos eines Milizangehörigen, der von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gefoltert wurde.

Die Kommission für die Angelegenheiten von Kriegsgefangenen teilte mit, dass sich die Situation weiter verschlechtern kann, wenn sich der Prozess des Gefangenenaustauschs weiter verzögert. „Zurzeit läuft der Verhandlungsprozess in Minsk, wir können das Schicksal dieses oder jenes Menschen nicht aufklären. Wir hoffen, dass es bald gelingt die Orte festzustellen, wo die Menschen festgehalten werden und wir ihnen alle notwendige Hilfe leisten können. Bisher kommt die ukrainische Seite uns in dieser Frage nicht entgegen, im Unterschied zu uns“, teilte das Mitglied der Kommission Lilija Rodionowa mit.

Ria.ru: Ein abschließendes Ergebnis wurde während des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk in keiner einzigen Untergruppe erzielt, obwohl die Verhandlungen im Ganzen konstruktiv verliefen, erklärte am Dienstag der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Was die Arbeitsgruppen betrifft, so haben sie heute tatsächlich gearbeitet, tatsächlich verlief die Arbeit einigermaßen konstruktiv, es wurde ein Einvernehmen in einer ganzen Reihe von Fragen erzielt, aber dabei blieb eine bestimmte Anzahl von Details unbeachtet, die zusätzlich erörtert werden müssen, um zu abschließenden Ergebnissen zu kommen. Leider kann von keiner einzigen Gruppe heute gesagt werden, dass ein abschließendes Ergebnis erzielt wurde, aber es sind einige Momente aufgetaucht, die zu einem Ergebnis schon auf der nächsten Sitzung führen können“, sagte der Bevollmächtigte der selbst ausgerufenen LVR.

Ria.ru: Die weitere Runde der Verhandlungen in Minsk war nicht einfach, es traten eine Reihe prozeduraler Meinungsverschiedenheiten zu Tage, erklärte am Dienstag der Bevollmächtigte der selbst ausgerufenen DVR bei den Verhandlungen zur Regelung des Konflikts im Donbass Denis Puschilin.

„Es tauchte eine Reihe prozeduraler Meinungsverschiedenheiten auf, in Zusammenhang damit musste die Erörterung der Arbeit der Untergruppen verschoben werden“, erklärte Puschilin gegenüber Journalisten in Minsk.

Dabei sagte er, dass an der gegebenen Situation „nichts Schlimmes ist“.

Puschilin drückte die Hoffnung aus, dass in nächster Zeit ein Konsens und eine Lösung gefunden werden, die alle Seiten akzeptieren werden.

Die abgeschlossene Runde der Minsker Verhandlungen nannte er nicht einfach.

Der Bevollmächtigte der DVR drückte die Hoffnung aus, dass in den weiteren Verhandlungen „die Arbeit nicht nur der Untergruppen, sondern auch der Kontaktgruppe selbst“ in konstruktiver Richtung fortgesetzt wird.

Lug-info.com: Die nächsten Treffen der Teilnehmer der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass und ihrer Unterarbeitsgruppen ist für den 16. und 23. Juni geplant, teilte heute der Bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego mit.

„Bisher sind gemäß dem zuvor abgestimmten Plan die Treffen der Kontaktgruppe und der Untergruppen für den 16. und 23. Juni geplant, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass die Daten geändert werden können“, sagte er.